

Dresden wieder sehen

Dankrede zur Verleihung des Dresdner Kunstpreises am 3. Juni 2021

von Ingo Schulze

Es gehört wohl zum Schönsten, was einem widerfahren kann, wenn man von der Stadt, in der man geboren und aufgewachsen ist, einen Preis erhält. Das Besondere liegt für mich auch darin, dass es die Malerin Gerda Lepke war, die 1993 den ersten Dresdner Kunstpreis erhielt. Gerda verdanke ich nicht nur vergnüglichste Stunden als Kind, ihr habe ich auch meine ersten Gedicht- und Prosaversuche geschickt, sie animierte den 16-Jährigen nachdrücklich, eine Wiese, einen Baum, einen Himmel zu beschreiben und ihr das Geschriebene vorzulesen. Vor allem aber habe ich an ihr erlebt, welcher Unbedingtheit es bedarf, wenn man sich für die Kunst entscheidet. Bei keinem anderen Preis sind mir die bisherigen Preisträgerinnen und Preisträger in so großer Zahl bekannt und vertraut, darunter meine Freunde Carsten Ludwig und Ulrike Gärtner, aber auch Strawalde oder Max Uhlig, ich lebe mit den Arbeiten von Wieland Förster, Claus Weidensdorfer, Evelyn Richter, Jürgen Schieferdecker, Karl-Heinz Adler; die Künste von Peter Damm, Rolf Hoppe, Peter Schreier, Peter Rösel und Baby Sommer begleiteten und begleiten mich seit Jahrzehnten. Und selbstverständlich fühle ich mich meinen literarischen Vorgängern Thomas Rosenlöcher, Volker Braun und Marcel Beyer über das Kollegiale hinaus verbunden. »Vergiss niemals, wer darüber entscheidet, welche Wahrheit in mein Buch gelangt.« Diese Drohung findet sich auf der letzten Seite meines jüngsten Romans Die rechtschaffenen Mörder. Ausgesprochen haben soll ihn die Figur eines gewissen Schultze, im Roman ein halbwegs etablierter Schriftsteller, aufgewachsen in Dresden, seit Anfang der Neunziger in Berlin lebend. Jene Romanfigur Schultze, sie trägt in ihrem Nachnamen ein t mehr als ihr Autor, hat über einen Antiquar namens Paulini aus Dresden-Blasewitz geschrieben – also einen Roman im Roman –, der, einst Anreger und Ermöglicher lebensverändernder Lektüren, nach rechts außen abgerutscht sein soll. Der wirkliche Paulini, das Vorbild für Schultzes Erzählung, ist am Ende des Buches tot und mit ihm eine Frau, die zwischen jenem Paulini und Schultze stand. Hauptverdächtiger könnte dieser Schultze sein, und damit jemand, der zeigen wollte, wie einer, der sich große Verdienste erworben hat, dem er selbst viel verdankt, zum Rechtsextremen wird. Doch der Finger, der auf Paulini deutet, weist plötzlich auch auf ihn selbst. Auch der Ankläger wird zu einem Angeklagten. Das hat nicht nur viele Leserinnen und Leser, sondern den Autor Schulze selbst überrascht und verwirrt. Der Logik von Figuren und Dialogen während des Schreibens zu folgen, ermöglicht es mitunter, der eigenen Begrenztheit hier und da zu entkommen. Und so gilt dieser Schultze am Ende des Romans der Erzählerin wie auch den Lesern als verdächtig, deshalb droht er einem möglichen Zeugen: »Vergiss niemals, wer darüber entscheidet, welche Wahrheit in mein Buch gelangt.« Mir ist oft die Frage gestellt worden, ob dieser Roman überhaupt in einer anderen Stadt als Dresden hätte angesiedelt sein können? Eigentlich hätte ich antworten müssen: Ich habe gar nicht darüber nachgedacht, die Idee war vom ersten Augenblick an mit der mir vertrauten Kulisse von Dresden-Blasewitz verbunden. Aber Ideen können sich ja auch als falsch erweisen. Norbert Paulini, antwortete ich, hätte sein Antiquariat auch in Leipzig eröffnen können, der Antiquariatsstadt schlechthin, letztlich in jeder ostdeutschen Stadt. Aber Dresden kenne ich genauer und am ehesten noch von Innen her. Wenn ich dann ansetzte, darüber zu sprechen, welche wichtige Rolle der Landschaft zukomme, wurden die Frager unruhig; ihnen gehe es vor allem um die aktuellen Entwicklungen in Dresden. Mit »aktuellen Entwicklungen« war nicht gemeint, wie hoch die Mietpreise in der Stadt sind oder wie es sich mit der Arbeitslosigkeit verhält,

wie sauber oder dreckig die Elbe ist, was die Stärken und Schwächen des Oberbürgermeisters sind, was neu gebaut oder restauriert wurde, welche Ausstellung, welches Konzert, welche Inszenierung, welches Festival Aufsehen erregt etc. Ich selbst bin ein eifernder Lokalpatriot gewesen, der mit schwarzgelber Fahne ins Stadion zog und später unter den lähmenden zehn Meistertiteln des BFC Dynamo gelitten hat – und unter den sechs Gegentoren in der zweiten Halbzeit des Rückspiels im Viertelfinale des Europacups der Pokalsieger gegen Bayer Uerdingen. Auf das Abitur folgten anderthalb Jahre Grundwehrdienst und fünf Jahre Studium in Jena, schließlich das Landestheater in Altenburg. In dieser Zeit blieb für mich Dresden neben Berlin das Zentrum der Musik, der Kunst, des Theaters. Den Herbst 1989 erlebte ich in Altenburg und Leipzig, weshalb ich die Schlacht um den Dresdner Hauptbahnhof, die Konstituierung der Gruppe der Zwanzig wie auch den 19. Dezember mit dem Auftritt von Kohl und Modrow vor der Ruine der Frauenkirche nur aus der Ferne verfolgte. Trotz des damaligen Kohl-Jubels war ich überrascht, ja überrumpelt, dass bei den verschiedenen Wahlen von 1990 der Triumph der CDU, die ja noch im Jahr davor eine sogenannte »Blockflöte« gewesen war, so überwältigend ausfiel und die Marginalisierung der SPD und des Bündnis 90, also der neuen Kräfte, in Sachsen so stark war wie nirgendwo sonst. In Kurt Biedenkopf fand sich ein Minister-präsident, der die ihm angebotene Krone des sächsischen Sonnenkönigs nur zu gern trug. Es gab kaum ein Wahlkampfplakat, insbesondere im Lager der späteren Wahlsieger, das ohne die Anrufung Sachsens ausgekommen wäre, als sollte die Serie »Sachsens Glanz und Preußens Gloria« nun neu verfilmt werden, diesmal aber mit einem anderen Ausgang. Dieses landsmannschaftliche Gefühl fehlte mir. In Altenburg hielt ich gar die Thüringer Farben für die polnische Flagge, was einer Provokation gleichkam. Damals konnte ich in dieser landsmannschaftlichen Begeisterung nur das Bedürfnis erkennen, wieder an Traditionen anknüpfen zu wollen. Was ich übersah, war der Wunsch, dem Stempel »Ostler« oder gar »Unrechtsstaat« zu entkommen, und damit einer Kategorisierung in Täter, Mitläufer oder Opfer. Gemessen an den 1988 nachgewiesenen Arbeitsplätzen war deren Zahl 1992 in Sachsen auf ein Viertel geschrumpft, die Zahl der industriell Beschäftigten war binnen weniger Monate auf die Hälfte des bundesdeutschen Durchschnitts gesunken. Zugleich entstanden Anfang der Neunziger in Sachsen drei Lehrstühle für Landes- beziehungsweise Regionalgeschichte und ein »Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde«.

Die Historikerin Simone Lässig hat diesen Prozess vor zwei Jahren in der FAZ skizziert. »Die Anrufung einer mehr als 800 Jahre zurückreichenden Geschichte erwies sich als wirksame Strategie politischer Mobilisierung und als stützendes Konstrukt für eine Zeit massiver Umbrüche. Dies umso mehr, als die DDR in der sächsischen Meistererzählung nur als Umweg gedeutet wurde, von dem man sich systemisch unter Rückgriff auf die wissenschaftlich schon totgesagte Totalitarismustheorie rigide abgrenzte, auf den man sich individuell aber nicht beziehen musste.« Und sie fährt fort. »In Sachsen, wo die bayerischen und baden-württembergischen ›Transformationspaten‹ aus dem zutiefst konservativ und antikommunistisch geprägten Süden der alten Bundesrepublik einfliegen, formte die CDU 1990 ein Denkmuster, das die politische Kultur lange prägen sollte: Duldung und Offenheit nach rechts, Feindbildrhetorik und scharfe Abgrenzung nach links. Der rechtskonservative Rand mit gelegentlich rechtsradikalen Tendenzen wurde toleriert, die Rechts-lastigkeit von Polizei und Justiz kleingeredet.« Das Gesagte stimmt zumindest mit meiner eigenen Erfahrung überein, die ich am 13. Februar 2010 in Dresden auf dem Albertplatz machte. Erstmals gelang es, den so- genannten »Trauermarsch«, der von der Neuen Rechten (Björn Höcke, Götz Kubitschek und Ellen Kositzka waren schon damals dabei) bis hin zu Neonazigruppen veranstaltet wurde, durch koordinierte

Straßenblockaden zu verhindern. Während der Berliner Tagesspiegel schrieb: »Dresden wird jetzt ein symbolisches Wort für eine Demokratie, die sich gegen ihre ärgsten Feinde durchsetzt«, wurden wir Gegendemonstranten von der damaligen Stadtregierung und der Polizei kriminalisiert und schikaniert, bis hin zum Abgreifen von Handy-Daten.

Ein Jahr später kam das auf einer Veranstaltung im Großen Haus des Dresdner Staatsschauspiels zur Sprache. Einer, der die damaligen Stadt-Oberen und die Polizei am schärfsten kritisierte, war der frühere FDP-Innenminister Gerhart Baum. Wiederum ein Jahr später, durfte ich eine der »Dresdner Reden« halten, »Unsere schönen neuen Kleider – gegen die marktkonforme Demokratie, für demokratiekonforme Märkte«. Weder davor noch danach habe ich bisher auf eine Rede so viel Resonanz erfahren. Allerdings überforderten mich die Reaktionen und brachten mich an den Rand einer Beschämung. Mehrmals wurde mir konkrete Hilfe und Unterstützung angeboten, sollte ich jetzt eine Gruppe oder Bewegung organisieren, die sich für grundlegende soziale und ökonomische Veränderungen einsetze. Waren das typische Dresdner Reaktionen? Oder typische ost-deutsche?

Umso überraschter war ich, als zweieinhalb Jahre später die sogenannten »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« Zulauf erhielten. War denn unser Problem plötzlich die Islamisierung geworden? Mehr noch wunderte mich die enorme Aufmerksamkeit, die ihnen zuteilwurde. Ich bin davon überzeugt, dass vieles anders und besser gekommen wäre, wenn den früheren Montagsdemonstrationen, die auf die prekäre Lage im Osten des Landes aufmerksam zu machen versucht hatten, ein Bruchteil jener Beachtung geschenkt worden wäre, die Pegida so überbordend erfuhr. Was mir an Pegida auffiel, war das Missverhältnis zwischen den nachlesbaren Forderungen auf der einen Seite und dem außerordentlich hohen Grad an Empörung und Wut, mit der sie geäußert wurden, auf der anderen Seite. Denn die meisten Forderungen fanden sich ähnlich auch bei anderen Parteien oder waren bereits gesetzlich geregelt. Das Aufbegehren jedoch existiert fort. Dafür braucht man sich nur die Ergebnisse der Landtagswahl von 2019 anzusehen, insbesondere jene Wahlkreise, die im vormaligen Bezirk Dresden liegen. Mein Eindruck ist: Die Unzufriedenheit und der Protest bestünden wohl selbst dann fort, wenn alle Forderungen erfüllt wären – was ich keinesfalls wünschenswert fände.

Erhellend fand ich eine Bemerkung von Jürgen Elsässer aus dem Jahr 2016, man habe unter den Initiatoren der späteren Pegida erwogen, sich den Namen Pegada zu geben, »Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes«. Ich kann nicht sagen, ob es stimmt, was Elsässer berichtet. Plausibel wäre es. Bekanntermaßen ist der Hauptfeind für die Neue Rechte immer noch der Liberalismus, also der Westen, weniger die Islamisten, deren Doktrin sich komplementär zum nationalistisch-völkischen Denken verhält. Interessant daran ist, dass die Organisatoren glaubten, mit einer Skepsis gegenüber dem Westen Menschen anlocken zu können, schließlich aber doch eine andere Zielscheibe für den Unmut aus dem Hut zauberten. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der enormen Zustimmung zur CDU und zu Biedenkopf (1994 waren es über 58 Prozent) und der Unzufriedenheit heute? Oder anders gefragt: Was hat sich zwischen 1994 und 2019 verändert? Welche Erfahrungen sind es, die in der Zwischenzeit zu solcher Verbitterung geführt haben?

Die Autorin Ferda Ataman, geboren in Stuttgart, aufgewachsen in Nürnberg, stellte vor einem Jahr sinngemäß fest: Ich weiß, dass ich einen Migrationshintergrund habe, Du weißt, dass du einen Ost-Hintergrund hast, nur die im Westen wissen nicht, dass sie Westler sind. Das heißt keineswegs, dass wir auf unsere Herkunft reduziert werden, auf Migrantin-, Ostler- oder Westlerfamilie, als Individuen können wir fast alles sein, aber wir sind eben auch Menschen mit einer Herkunft und einem Geburtsjahr. Wer die besten

oder besseren Analysen oder Romane schreibt, wer die besten oder besseren Theorien und Vorschläge entwickelt, hängt nicht davon ab, woher jemand kommt. Im Einzelfall besagt das selbstverständlich gar nichts. So wie es im Einzelfall eben auch nicht davon abhängt, welchem Geschlecht Führungskräfte oder Herausgeber angehören oder welche Hautfarbe oder Nationalität sie haben. Und wenn es um die Deutung der eigenen Geschichten wie der eigenen Geschichte geht, haben die Ostdeutschen untereinander größte Differenzen wie auch die Westdeutschen, das sind ja keine homogenen Gebilde und die Ost-West-Problematik ist nur eine Ebene unter anderen Konfliktfeldern.

Und trotzdem bleibt die Ungleichheit zwischen Ost und West skandalös. Heute gibt es kein Land in Europa, in dem einer Bevölkerung so wenig an Grund und Boden, an Immobilien und an Betrieben gehört wie den Ostdeutschen im Osten Deutschlands, keine Bevölkerung, die dort, wo sie lebt, so wenige Führungspositionen innehat wie die Ostdeutschen, sei es in den Betrieben, in den Medien, den Verwaltungen und Banken, beim Militär und der Polizei oder an den Gerichten und Universitäten. Bundesweit waren 2016 ganze 1,7 Prozent der Ostdeutschen in Spitzen-funktionen bei einem Bevölkerungsanteil von 17 Prozent. Noch niederschmetternder ist nur: Es gibt keine Tendenz hin zur Angleichung. Weder wächst für Ostdeutsche der Besitz an Wohneigentum, Grund und Boden oder Unternehmen noch der an Führungspositionen. Der Austausch der Eliten war nachhaltig. Die Aufteilung dessen, was den Ostdeutschen als Startkapital hätte zugutekommen müssen, ist längst verkauft oder abgewickelt. Die Ungleichheit vererbt sich im wahrsten Sinne des Wortes fort. Was in den neunziger Jahren als Startbedingung hingenommen wurde, wird problematisch, sobald es sich zu verstetigen beginnt und die Entscheidungsgewalt und die Deutungshoheit fast ausschließlich bei Menschen liegt, die im Westen sozialisiert wurden. Sie entscheiden, was erscheint, und damit, wie über den Osten gedacht, gesprochen und geurteilt wird. Einige der Entscheider, »der Gatekeeper«, reflektieren ihre Position und nehmen die Situation als schief und unangemessen wahr. Für die meisten aber steht das nicht mal als Problem, ja sie finden, dass man nach dreißig Jahren nun wirklich nicht mehr darüber zu reden brauche, wir hätten doch ganz andere Probleme. Aber die anderen Probleme haben eben auch mit diesen zu tun.

Je selbstverständlicher die eine Seite ihre Oberhoheit auslebt, desto unbeherrschter, empfindlicher, auch ungerechter und uncooler werde ich selbst, obwohl ich im Westen Berlins in einer Eigentumswohnung lebe und finanziell akut nichts zu befürchten habe. Ich kann es einfach nicht mehr hören, wenn gefragt wird, warum die Ostdeutschen gerade so krawallig sind (der Artikel stammt von einem Ostdeutschen), oder wenn jemand gelobt wird als »der Beste aus dem Osten« oder danach gefragt wird, wie der Ossi tickt. Oder wenn ein geschätzter Kollege darüber räsoniert, dass Lesen tolerant mache, aber es sicher keine Lösung sei, »Romane mit Fallschirmen über Dresden abzuwerfen«. Warum sind die Westler gerade so duckmäuserisch oder so vorlaut oder so grandios (welche Eigenschaft ausgewählt wird, ist vollkommen gleichgültig), wir wollen ja nur wissen, wie die Westler ticken und wer die Beste aus dem Westen ist, denn irgendwie anders sind die schon. Trotzdem ist es keine Lösung, meine Romane an Fallschirmen über Hanau und Kassel abzuwerfen (wobei abwerfen mindestens zweifach unerträglich ist). Und wenn der Ostbeauftragte der Bundesregierung dann auch noch verkündet: »Wir haben es mit Menschen zu tun, die teilweise in einer Form diktatursozialisiert sind, dass sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind«, und man nur »auf die nächste Generation« hoffen könne, dann heißt das: Erst wenn diejenigen, die die friedliche Revolution getragen haben, tot sind, wird es was mit der Demokratie im Osten. Dreißig

Jahre lang alles richtig gemacht, aber das Übel sitzt zu tief. Mit den alten Nazis ging das wirklich besser.

Ich muss zugestehen, und das meine ich nicht ironisch, dass es im deutsch-deutschen Verhältnis jemand aus dem Westen schwerer hatte und hat als jemand aus dem Osten oder die Kinder oder Enkel von Migranten, den eigenen blinden Fleck zu erkunden. Als Ostler oder Migrantenkind werde ich kontinuierlich aufgefordert, mich zu rechtfertigen, mich kritisch gegenüber der eigenen Herkunft und meinem bisherigen Lebensweg zu verhalten und mich selbst zu befragen. Der Auslöser kann bei den einen schon der Name sein und/oder die Hautfarbe, bei den anderen der sächsische Dialekt, die Adresse oder der Wehrdienst. Jemanden, der ohne Migrationsherkommen im Westen geboren worden ist, zwingt niemand (sofern man nicht gerade im Ausland ist), sich seine eigenen Voraussetzungen zu vergegenwärtigen, und es ist schwer, überhaupt eine Notwendigkeit dafür zu verspüren. Denn sie gelten als selbstverständlich, ja sogar als zivilisatorischer Goldstandard. Und es war ja die Mehrheit im Osten selbst, die den Westen bei Jubel-Empfängen wie dem von Helmut Kohl am 19. Dezember 89 vor der Ruine der Frauenkirche, zum Sieger der Geschichte ausrief: »Helmut, rette uns!«

Die Gegenwart ist nur aus der Geschichte zu erklären. Wer aber die Geschichte vor dreißig Jahren enden lässt, betreibt – um es beschönigend auszudrücken – Selbstbetrug. Der verschließt die Augen vor dem Naheliegenden. 1989/1990 war eine weltgeschichtliche Zäsur, die ohne den Anteil der Ostdeutschen kaum denkbar wäre. Es waren viele, die im Herbst 1989 erstmalig zum handelnden Subjekt der Geschichte wurden, dann aber einen Abstieg zu Deklassierten im eigenen Land erleben mussten. Damit umzugehen gibt es viele Arten. Besonders gefährdet aber sind jene, die sich dem Westen vorbehaltlos, ja gläubig an den Hals geworfen haben.

Ich sehe in der Mehrheit der östlichen AfD-Wähler vor allem abgewiesene Liebhaber und sitzengelassene Bräute des Westens. Sie waren bereit gewesen, auf die Vergangenheit zu pfeifen, alles hinter sich zu lassen, neu anzufangen und neu zu lernen. Wäre es nach ihnen gegangen, hätte es nicht mal eines Ehevertrages bedurft, das Vertrauen war grenzenlos. Der Vertrag zum Beitritt allerdings fiel kühl aus. Und der Angehimmelte, der alles wusste und konnte, der es aber nur mit »Buschzulage« bei ihnen aushielt, behandelte sie ganz anders, als er es versprochen hatte. Was hatte er eigentlich versprochen? Hier müsste wiederum eine detailreiche Auflistung folgen, wem der Osten gehört und wer dort das Sagen hat.

Diese Kränkung sitzt tief, nicht nur bei einer Minderheit, die AfD wählt. Die meisten Ostler gehen damit anders um, sie hat die Selbstbefragung in aller Regel offener und reifer gemacht, mitunter spöttischer oder melancholischer. Gerade zwischen ihnen und den Kindern der Migranten gibt es oft ein gegenseitiges Erkennen angesichts von »Selbstverständlichkeiten«, die für sie keine sind.

Dass sich der Unmut einer Minderheit, die sich um ihre Hoffnungen betrogen fühlt, ausgerechnet an den Ärmsten der Armen, an den Gefährdetsten der Gefährdeten entzündet, passt nur zu gut ins Bild: Man will nicht noch drittklassig werden, immerhin ist man doch Deutscher! Wegen der Ausländer denkt überhaupt keiner mehr an uns. Wir sind nicht gefragt worden und müssen für die zahlen, obwohl wir eh weniger kriegen als die drüben. Und hat die Kanzlerin je ein Selfi mit uns gemacht? Man weiß selbst nicht so recht, was mit einem passiert, man weiß nur, dass es wehtut, und dass etwas ungerecht ist und dass es einem hilft, mit anderen, die genauso empfinden, auf die Straße zu gehen und sich Luft zu machen.

Ein letzter Schrei nach Liebe gerät noch auf das Cover eines Bestsellers: »Integriert doch erst mal uns!« Aber da hat sich der Westen schon schauernd von »Dunkeldeutschland«

und dem »Pack« abgewandt. Die Symptome einer Kränkung sind nicht zu verwechseln mit der Erkenntnis oder gar der Kritik ihrer Ursachen.

Vom Osten zu sprechen bedeutet in der deutsch-deutschen Situation viel zu oft, vom Westen zu schweigen oder gar in ein Gut/Böse-Schema abzugleiten. 1990 hat es der Westen erfolgreich vermieden, über das eigene System nachzudenken, es zu reformieren, es den Notwendigkeiten anzupassen. Nicht dass es im Westen keine Stimmen gegeben hätte, die unverhoffte Chance zu einer grundlegenden Selbstbesinnung und Kursänderung zu nutzen. Dass viele auf einen Impuls aus dem Osten gehofft hatten, erfüllt mich nachträglich mit Freude, dass sie vergeblich gehofft hatten, beschämt mich als Ostler. Die Devise »Keine Experimente« bündelte neue Ansätze auf beiden Seiten platt. In der Folge des Beitritts explodierte die Zahl der Millionäre, bezahlt haben ihn vor allem jene, die weder mit Investitionen im Osten ein Schnäppchen machten noch einen Karrieresprung. Es genügt, sich die Themen des aktuellen Wahlkampfes zu vergegenwärtigen, um zu wissen, was damals alles verpasst worden ist.

»Ihr habt Euch vom Floß der Medusa aufs Achterdeck der Titanic gerettet« – mit diesen Worten soll der Kunsthistoriker Eberhard Roters den Beitritt kommentiert haben. Viele der zu Frontstellungen verhärteten Positionen würden wieder ins Gespräch miteinander finden und damit zu dringend notwendigen Differenzierungen und Abstufungen, wenn der Westen seine innere Blockade gegen kritische Selbstreflexion anginge, statt sich diese mit Hilfe eines Sündenbocks vom Hals zu halten. Dem Ostbeauftragten sollte daran liegen, ein Anreger und Moderator dieser Diskussion zu sein, statt darauf zu warten, dass seine Schutzbefohlenen aussterben.

»Vergiss niemals, wer darüber entscheidet, welche Wahrheit in mein Buch gelangt.« Das Offenlegen der Bedingungen, unter denen eine Geschichte geschrieben wird, sollte es den Leserinnen und Lesern ermöglichen, nicht die Empfänger einer Botschaft zu sein, sondern zu Gesprächspartnern zu werden. Und das wäre, so meine Hoffnung, auch die angemessene Antwort auf die Frage, was meinen Roman mit Dresden und seinen aktuellen Entwicklungen verbindet.